

# 2 Grad

Klimawandel stoppen

17/52

GLOBAL

WARMING

Uns geht's ums Ganze.  
[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

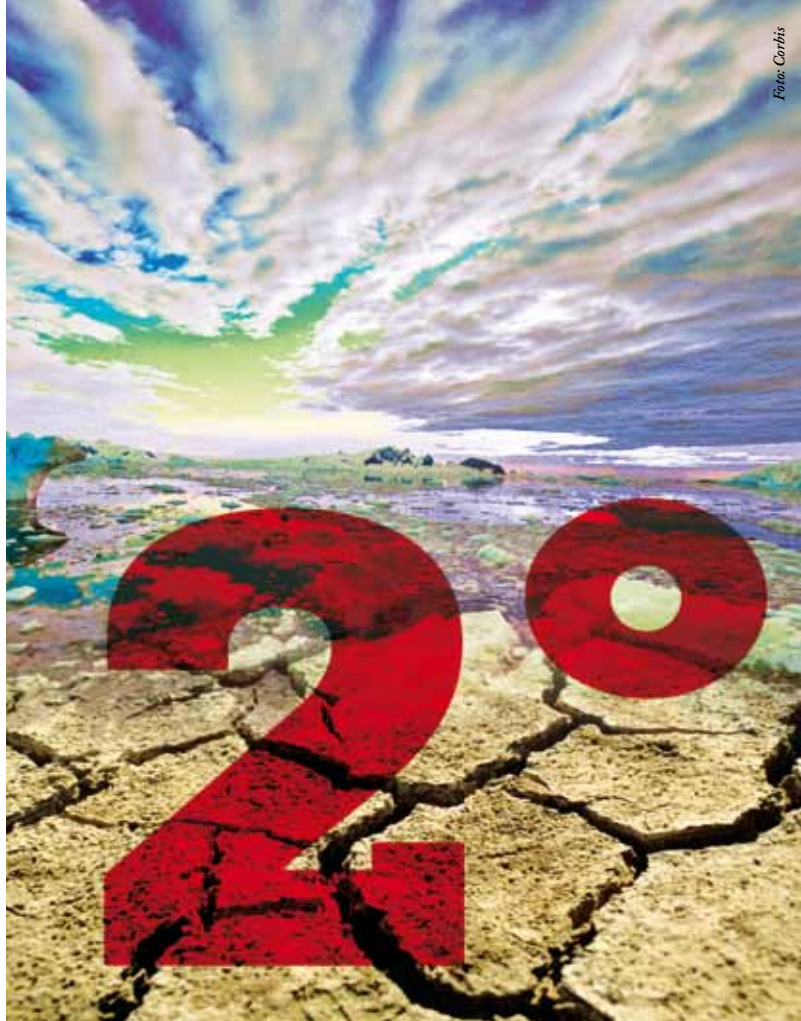
**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION



# ANSPRUCH & Realität

---

Ein weltweiter Klimawandel ist heute schon Realität. Um das Schlimmste zu verhindern, darf sich die Welt nur um maximal 2 Grad Celsius weiter erwärmen. Dafür muss Deutschland seine Treibhausgase bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent senken. Die Bundesregierung aber redet nur und handelt nicht. In Brüssel blockiert sie sogar eine Anhebung des europäischen Klimazieles von derzeit minus 20 Prozent auf minus 30 Prozent und macht unverhohlenen Lobbypolitik für die deutschen Energie- und Autokonzerne. Auch wurden bereits international zugesagte Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und den Schutz der Artenvielfalt kurzerhand zu Klimaschutzgeldern umdeklariert und so internationale Versprechen gebrochen. Wir wollen Deutschland wieder zu einem glaubwürdigen Vorreiter in der Klimapolitik machen, indem wir mehr Energie sparen, erneuerbare Energien noch stärker ausbauen und endlich ein nationales Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen.





# Der Pegel steigt

Im Jahr 2007 erschien der vierte Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC. 2.500 Fachleute haben daran sechs Jahre lang weltweit gearbeitet. Diese umfassendste wissenschaftliche Beschreibung des Klimawandels belegt: Eine Erwärmung des Klimasystems ist „ohne jeden Zweifel vorhanden“. Die globale Oberflächentemperatur ist seit 1906 um 0,74 Grad gestiegen. Das letzte Jahrzehnt war das wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Der Kohlendioxid-Gehalt der Luft ist seit 1750 um 35 Prozent gestiegen – von 280 auf 379 Teilchen pro Million im Jahr 2005. Auch der Meeresspiegel ist seit 1993 durchschnittlich um etwa 3 mm pro Jahr gestiegen, im gesamten 20. Jahrhundert um 17 cm. Selbst wenn wir sofort alle CO<sub>2</sub>-Emissionen stoppen könnten, würde die Temperatur noch um weitere 0,6 Grad steigen. Mit weitreichenden Folgen wie Stürmen, Überschwemmungen, Dürren, Hungersnöten und Schäden in Billionenhöhe. Die Weltwirtschaft würde in eine katastrophale Rezession stürzen. Die Kosten für wirksamen Klimaschutz dagegen betragen selbst bei anspruchsvollen Zielen höchstens 0,12 Prozent des durchschnittlichen Wachstums.

# Emissionshandel? Ja.

Der Emissionshandel legt fest, wieviel Treibhausgase höchstens ausgestoßen werden dürfen. Die Rechte zum Ausstoß von Klimagasen werden dann verkauft oder versteigert. So soll CO<sub>2</sub> einen Preis bekommen und Investitionen in Klimaschutz sich schneller rechnen. Doch auch Jahre nach seiner Einführung ist die Ausgestaltung des Emissionshandels unzureichend. So werden Emissionszertifikate nicht verkauft, sondern immer noch überwiegend kostenlos zugeteilt. Der Anreiz in Klimaschutz zu investieren, geht so verloren. Aber nicht nur das: Union und SPD haben das Zuteilungssystem außerdem dazu genutzt, um klimaschädliche Kohlekraftwerke zu begünstigen. Auch können die Energiekonzerne den Wert der geschenkten Zertifikate in den Strompreis einrechnen, ohne dass die Bundesregierung etwas dagegen tut. Bis zur Vollversteigerung der Emissionszertifikate in der Stromwirtschaft ab 2013 erzielten die Energiekonzerne so auf Kosten von Klima und Verbrauchern ungerechtfertigte Zusatzgewinne in Milliardenhöhe. Die grüne Bundestagsfraktion will bestehende Schwächen des Emissionshandels abbauen und damit seine klimapolitische Wirksamkeit erhöhen.

*Aber richtig!*



# Kyoto plus **schärfere** Vorgaben

---

Der Klimaschutz braucht globale Abkommen. Das Kyoto-Protokoll von 2005 reicht aber bei Weitem nicht und seine konkreten Minderungsverpflichtungen laufen Ende 2012 aus. Wir brauchen deshalb schnellstmöglich einen Nachfolger „Kyoto-Plus“ mit schärferen Vorgaben für den Ausstoß von Treibhausgasen durch die Industrie- und großen Schwellenländer. Doch bislang kommen die internationalen Verhandlungen nicht voran, insbesondere die größten Klimasünder der Erde sind noch nicht bereit, sich international vertraglich zum Klimaschutz zu verpflichten. Durch eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten wollen wir die nötige Dynamik in den Verhandlungsprozess bringen. So sollen künftig auch Entscheidungen getroffen werden können, die nicht die Zustimmung aller Staaten benötigen, damit Blockierer den Klimaschutz nicht mehr länger aufhalten können. Aus dem Prinzip der unterschiedlichen Geschwindigkeiten folgt eine ambitionierte Klimapolitik „zu Hause“. Die EU und Deutschland würden so zu Technologieführern einer Low-Carbon-Gesellschaft mit Wettbewerbsvorteilen auf den kommenden globalen Märkten und verringerten gleichzeitig ihre Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen.



Foto: Reuters

*Foto: Demonstration  
gegen den Klimawandel  
im August 2009, Sydney*

# Naturkatastrophen nehmen **ZU!**

Die armen Länder der Welt leiden am stärksten unter dem Klimawandel: Überschwemmungen, Dürren, Stürme und die veränderte Tier- und Pflanzenwelt haben gravierende Folgen. Aber auch wir in Europa sind massiv betroffen und werden es künftig noch stärker sein. Das Jahr 2010 war nicht nur global das wärmste jemals gemessene, es war auch das Jahr mit der zweithöchsten Zahl an Naturkatastrophen. Über 850 der registrierten Naturkatastrophen waren wetterbedingte Ereignisse wie Stürme, Unwetter oder Überschwemmungen. Auch Hitzewellen wie 2003 oder 2006 werden nach und nach zur Normalität, mit all ihren dramatischen Auswirkungen: Der menschliche Körper leidet unter der Hitze, viele heimische Tier- und Pflanzenarten werden für immer verschwinden, die Wasserversorgung stockt. Die Folgen sind Ernteinbußen, massive Schäden in der Forstwirtschaft und Engpässe bei der Energieversorgung, weil große Kraftwerke nicht mehr ausreichend gekühlt werden können. Auch für die Gesundheit droht Gefahr. Zecken, die die gefährliche Krankheit Borreliose übertragen, breiten sich aus, die Gefahr von Malariainfektionen wächst.

Foto: Reuters

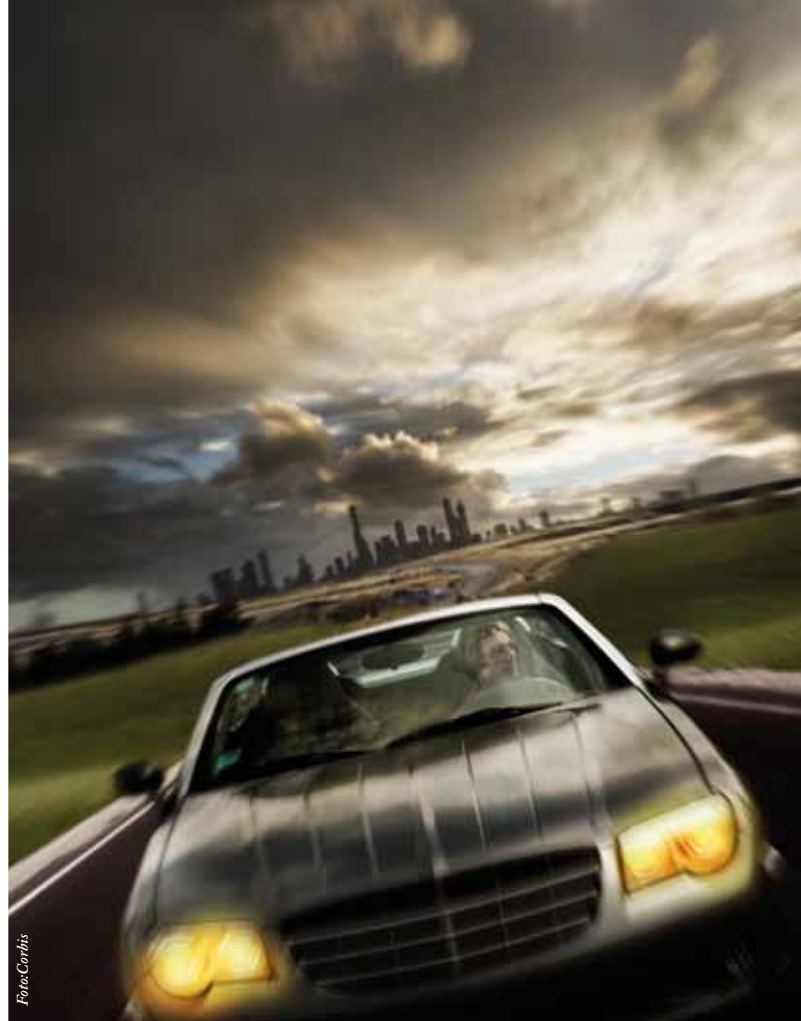


# Wir haben die Verantwortung

---

Der Klimawandel ist eine globale Gefahr. Die gesamte Menschheit ist betroffen und muss handeln. Verursacht wurde der Klimawandel in erster Linie von den Industrieländern. Daher sind sie es, die die Hauptlast beim Klimaschutz tragen müssen. Die Entwicklungsländer ihrerseits haben ein Recht auf mehr Wohlstand. Wir müssen ihnen dabei helfen, unsere Fehler nicht zu wiederholen.

Die meisten klimaschädlichen Gase stoßen die Energiekonzerne und der Verkehr in den Industrienationen aus. RWE ist der größte Klimasünder in Europa. Die Konzerne stehen in der Verantwortung. Sie müssen einen großen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten. Bislang erwirtschafteten sie Milliarden Gewinne zulasten der VerbraucherInnen. Anstatt weiter in die Klimazerstörung zu investieren, sollten sie mehr Geld in den Ausbau der erneuerbaren Energien und ins Energiesparen stecken. Auch wenn wir alle durch unser Verhalten etwas für den Klimaschutz tun können, darf er nicht auf dem Rücken der kleinen Leute ausgetragen werden. Die großen Unternehmen und die Politik müssen mit gutem Beispiel vorangehen.



# Grüne Maßnahmen

---



- » Verabschiedung eines nationalen Klimaschutzgesetzes
- » Auflage eines Energieeffizienzfonds in Höhe von drei Milliarden Euro jährlich
- » Neubauverbot für klimaschädliche Kohlekraftwerke
- » Verbesserung des Emissionshandels
- » Vorlage eines Klimaschutzhaushaltes mit Investitionen in die ökologische Modernisierung
- » Fortsetzung der ökologischen Finanzreform u. a. durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen für fossile Brennstoffe

## **Noch Fragen?**

### **Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Dr. Hermann Ott MdB, Sprecher für Klimapolitik

Arbeitskreis 2: Umwelt, Verbraucher und Verkehr

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, [info@gruene-bundestag.de](mailto:info@gruene-bundestag.de)

## **Zum Weiterlesen:**

Energie 2050: sicher erneuerbar (Fraktionsbeschluss)

Internationale Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten (Fraktionsbeschluss)

## **Links:**

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) » Themen » A-Z» Klima

[www.klimaschuetzen.de](http://www.klimaschuetzen.de)

[www.die-klima-allianz.de](http://www.die-klima-allianz.de)

## **Bundestagsdrucksachen:**

17/132 Klimaschutzgesetz vorlegen (Antrag)

17/2485 Europäisches Klimaschutzziel 2020 (Antrag)

*Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.*

## **Impressum:**

### **Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski

Stand: September 2011

Schutzgebühr: 0,05 €